

Mehr Entspannung wagen – mit Russland

Gespräch zum Weltfriedenstag

weltgewandt. Institut für interkulturelle politische Bildung lud am 20.09.2019, 19-21.30 Uhr in das Berliner Tschechow-Theater zur Diskussion über ein Thema ein, das in öffentlichen Debatten wie auch im Stadtteil Marzahn-Nordwest Kontroversen auslöst: die Beziehungen Deutschlands zu Russland. Rund 30 Interessent/innen aus Marzahn-Hellersdorf waren gekommen, mehrere von ihnen brachten sich in die Diskussion mit den Referenten ein. Diese brachten unterschiedliche Sichtweisen ein: **Dr. Manfred Sapper**, Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, und **Ulrich Heyden**, Korrespondent der Wochenzeitung der Freitag, der seit 1992 in Moskau lebt und arbeitet. Ihre Überlegungen wie auch die Diskussion mit dem Publikum wurden ins Arabische übersetzt. Moderiert wurde der Abend von Sophia Bickhardt, Projektleiterin von weltgewandt e.V.



Ausgangspunkt des Gesprächs war die These, dass Deutschland und Russland zwar historisch viel verbindet, auch Positives, die Beziehungen in den letzten Jahren jedoch zunehmend angespannt sind. Dies war bereits anders, insbesondere seit der Entspannungspolitik ab den 1970er Jahren, in Zeiten von Glasnost und Perestroika durch Michail Gorbatschow, dem 1987 abgeschlossenen INF-Vertrag, der Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen und europäischen Einigung bis hin zur Rede von Wladimir Putin vor dem Bundestag im Jahr 2001. Spätestens seit den Auseinandersetzungen um die Ukraine und die Halbinsel Krim 2014 sowie den Militäreinsatz Russlands im Krieg in Syrien 2015 ist der Ton rauer geworden. In Frage stand daher: Was wissen wir über Russland? Wie nehmen Bürger/innen die aktuellen Entwicklungen in Russland und im Verhältnis beider Staaten wahr? Was ist zu tun, um mehr Entspannung zu wagen?

Dr. Sapper skizzierte zunächst eine Typologie der russischen Gesellschaft und sprach von „vier Russlands“. Er unterschied in ein **modernes** Russland in den großen Metropolen, ein **anti-modernes** Land in den Industriezentren der frühen Sowjetzeit wie zum Beispiel Magnitogorsk, den sogenannten Mono-Städten, die bis heute von staatlicher Unterstützung abhängig seien, und den **vormodernen** ländlichen Raum der russischen Provinz. Separat davon betrachtete er den **Nordkaukasus**. Ulrich Heyden wies diese Unterteilung als „oberflächlich“ zurück und befand, dass darin eine stark „westliche“ Perspektive zum Ausdruck käme. Damit klang bereits an, was den Austausch durchzog: Die Frage, welche Maßstäbe in der Einschätzung der Situation in Russland mitschwingen. Ginge es darum, westliche Deutungsmuster an die Gesellschaft heranzutragen oder diese möglichst immanent zu verstehen? Herr Heyden plädierte für Letzteres und hielt Dr. Sapper vor, mit „Hochmut“ über Russland zu sprechen. Eloquent brachte dieser gleichwohl seine deutliche Kritik an der russischen Politik zum Ausdruck.

Die verschiedenen Positionen wurden bei den **Themen** Sanktionen gegen Russland, die Transformationszeit der 1990er Jahre, Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrolle, Menschenrechte und die Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie die Bilder, die Medien transportieren, ausgelotet.

So charakterisierte Dr. Sapper die **Sanktionen** als positiv, weil sie von der Entscheidung getragen seien, keinen Krieg zu führen. Außerdem trafen sie nicht die russische Bevölkerung. Eine Entspannung könne es nur geben, wenn in Russland die **Menschenrechte** uneingeschränkt gälten und die Zivilgesellschaft nicht mehr „systematisch eingeschränkt“ würde, wie dies seit 2012 der Fall sei. Dem hielt Ulrich Heyden entgegen, dass es unter dieser hohen Voraussetzung keine Entspannung geben könne. Menschenrechte mögen für die kleine

aufgeklärte Mittelschicht in den Großstädten wichtig sein. Mehrheitlich seien die Russen jedoch konservativ und an Stabilität und Einkommen interessiert. „Der Westen muss sich abgewöhnen, als Lehrmeister gegenüber Russland aufzutreten.“ Außerdem würde mit zweierlei Maß gemessen: Denn die kulturellen Rechte etwa der russischsprachigen Ukrainer blieben außer Acht.



Die Frage der Menschenrechte war auch mit Blick auf das Thema **Abrüstung** präsent. Dr. Sapper erinnerte daran, dass Russland nicht nur 1949 die UN-Menschenrechtscharta, sondern auch 1975 die Schlussakte von Helsinki unterschrieben habe. Das Zugeständnis des Westens, dass Russlands Grenzen unverletzlich seien ging mit der Zusicherung der Sowjetunion einher, die Menschenrechte zu wahren. Ulrich Heyden kritisierte wiederum, dass die Menschenrechte als Instrument im Spiel der Mächte gebraucht würden und im Westen selbst nicht immer eingehalten würden. Es gehe letztlich um **militärische Macht** und **ökonomische Interessen**. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die US-Militärbasen nahe der Grenzen zu Russland. Beide Referenten stimmten darin überein, dass 2001 der ABM-Vertrag durch die USA aufgekündigt wurde. Eine gemeinsame Rüstungskontrolle sei damit aufgegeben worden. Dass heute die Rüstungsausgaben der USA um ein Zehnfaches höher liegen als die von Russland führte Dr. Sapper auf die „fatale Niedergangssituation“ Russlands zurück. Das Land lebe vom Verkauf der Öl- und Gasvorkommen, sei aber ökonomisch längst „abgehängt“.

Im Austausch mit dem Publikum wies ein Teilnehmer darauf hin, dass die Entspannungspolitik der 1970er Jahre weniger im Interesse der Durchsetzung von Menschenrechten gestanden habe. Vielmehr sei für die USA nach dem Vietnam-Krieg die Rüstung zu teuer geworden. Er fragte, wie man heute zu einer Abrüstungskontrollpolitik finden könne. Herr Dr. Sapper betonte, dass es derzeit de facto **keine Rüstungskontrolle** zwischen der NATO/den USA und Russland gäbe. Die Rüstungsindustrien beider Machtpole hätten daran kein Interesse. Durch China sei zudem ein Akteur aufgetreten, der die Rüstungskontrolle noch schwieriger mache. Eine „**unglaubliche Gefahr**“ sehe er darin, dass „permanent mit Atomwaffen ausgestattete Kampfbomber über der russischen Barentssee und Ostsee fliegen – in internationalen Gebieten – und gleichzeitig die NATO Kontrollflüge macht und es permanent zu Beinahe-Zusammenstößen kommt, weil sich beide Seiten weigern, die sogenannten Transponder-Angaben freizugeben.“ Eine weitere Gefahrenquelle sei die automatisierte Kriegsführung, der mit Rüstungskontrolle nicht beizukommen sei. Das „Schlachtfeld“ eines Nuklearkriegs würde Deutschland sein. Das zentrale Problem: Es gebe kein **Vertrauen** mehr. Dies aufzubauen, sei das A und O. Darin waren sich beide Referenten einig. Ulrich Heyden sprach sich für mehr **Dialog** aus. Dies bestätigte Dr. Sapper: Im Allgemeinen gäbe es nur noch eine „Imitation“ von Dialog. Und ans Publikum gewandt: „Sie haben ein echtes **Privileg**. Normalerweise finden Diskussionen zwischen Personen, die unterschiedlich auf dieses Land gucken, nicht mehr statt.“

Auf ihre **Visionen** hin zu mehr Entspannung befragt, äußerte Dr. Sapper, dass er sich eine Integration der Europäischen Union in den eurasischen Raum wünsche. Andernfalls würde Europa im Wettstreit zwischen den USA und China an Bedeutung verlieren. Ulrich Heyden wiederum sprach sich für die Abkehr von einem Denken in Machtblöcken und für soziale Bewegungen aus, die humanen und sozialen Rechten zur Durchsetzung verhelfen. Mehrere Teilnehmer/innen befanden es für wichtig, ohne Vorbedingungen den Kontakt zu suchen. Außerdem möge die Presse ein bunteres Bild über Russland bieten.

Sophia Bickhardt
Projektleiterin

Die Veranstaltung wurde durch den Aktionsfonds Partnerschaften für Demokratie Marzahn und dem Kulturring in Berlin e.V. gefördert.



Partnerschaft für
Demokratie Marzahn



im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie **Leben!**



Wir für Kinder, Jugend und Familie